

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

5 Pfennig

Donnerstag
26. März 1925

Verzugsbedingungen und Anzeigenpreise
sind in der Morgenausgabe angegeben
Redaktion: SW. 68, Cindencstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 202 - 203
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Berlin und Anzeigenabteilung:
Geschäftszeit 9-5 Uhr
Drucker: Vorwärts-Druck GmbH,
Berlin SW. 68, Cindencstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 2306-2307

Wen wählen wir?

Ein Wort zum Wahlkampf.

Zus Angestelltenkreisen schreibt man uns:
Mit einem Feuerwerk von schönen Phrasen versuchen die Verber um Jarres uns Angestellten klarzumachen, daß wir in die „nationale“ Volksgemeinschaft der Generaldirektoren, Aufsichtsräte und Arbeitgebersyndikate gehören. Die denkenden Angestellten wissen aber nur zu genau, daß Jarres u. Co. von jeher konsequente Gegner der großen sozialen Bewegung waren und ihre Niederhaltungsziele bei jeder Tarifverhandlung zum Ausdruck brachten. Jene Kreise leben noch immer in der geistigen Vergangenheit und sind trotz ihrer äußerlich zur Schau getragenen „modernen“ Gesinnung noch immer in den Anschauungen der mittelalterlichen Feudal- und Klassenstaaten befangen.

In einer öffentlichen „Aufklärungsversammlung“ der Deutschnationalen „Volkspartei“ im Festsaal des Münchener Hofbräuhauses am Freitag, den 27. Februar, sprach der junkerliche Reichstagsabgeordnete v. Lindener-Wildau von der Arbeiterschaft als von einem „vierten Stand“. Die gleiche Einschätzung genießen in jenen Kreisen auch die Angestellten, die nur zu arbeiten, zu gehorchen haben, kein persönliches Selbstbestimmungsrecht besitzen und sich dem besitzenden Bürgertum unterzuordnen haben. Alle sind sie sich darüber einig, den Kuffel der Arbeiter- und Angestelltenchaft zu selbständiger Entscheidung und Mitbestimmung in Staat und Wirtschaft zu hemmen.

Diese Vertreter des Herrtums in Reinkultur sind unentwegte Träger des kapitalistischen Bewusstseins zum Reun- und Jehn- stundentag, nicht etwa für sich und ihre Angehörigen, sondern für die Angestellten und Arbeiter. Jarres ist der Vater des Neun- stundentages für die Reichsbeamten. Er hat den Achtstundentag im Reich abgeschafft und gleichzeitig die Gehälter herabgesetzt. Bis heute ist seine Verordnung über die Einführung des Neunstundentages für die Reichsbeamten aufrechterhalten, während in Preußen unter der Ministerpräsidentenschaft von Otto Braun der Achtstundentag erhalten blieb.

Von den übrigen Reichspräsidentenbewerbern verdient namentlich Ludendorff unter die Lupe genommen zu werden, dessen verderbliches militärisches und politisches Wirken Deutschland an den Rand des Abgrundes brachte. Er war es auch, der zu einer Zeit, als der Krieg bereits verloren war, gebarnischte Verfügungen an die oberen Kommandobehörden erließ, die in den Städten tätigen Angestellten noch mehr auszunutzen. Doch die Nationalsozialistische Arbeiterpartei nicht einen Arbeiter, sondern einen Ludendorff als Kandidaten benannte, ist für die wahren Ziele dieser arbeitserfindlichen Bewegung charakteristisch.

Nur ein Pionier der Arbeiterbewegung kann das Erbe Friedrich Eberts antreten. Otto Braun ist ein Kind der Gerbe in den ostelbischen Gefilden am ärgsten unterdrückten Arbeiterklasse. Er hat die Leibliche und seelische Not der Angestellten am eigenen Leibe verspürt. Seine Persönlichkeit, seine gefestigte Weltanschauung und sein bisheriges charaktervolles Wirken geben allein die Gewähr, daß seine Reichspräsidentenschaft der republikanischen Staatsform ein immer kräftigeres Fundament gibt und alle volksfeindlichen Bestrebungen der ewig krieglusternen Monarchie zunichte macht.

Angestellte, werbt daher bis zum Wahltag unermüdet für unseren Reichspräsidentenbewerber

Otto Braun.

Die doppelt betrogenen Postbeamten.

Wie die unteren Gruppen um ihr Geld kommen.

Am 24. und 25. März tagte der Verwaltungsrat der deutschen Reichspost, um den Haushaltsvoranschlag für 1925 zu genehmigen. Der Voranschlag weist aus, daß 42,7 Millionen in den gesetzlichen Rücklagefonds gelegt werden. 5 Millionen fließen zum Betriebsmittelfonds, 150 Millionen betragen die Abschreibungen und rund 173½ Millionen bleibt als Reingewinn, der restlos für Anlagen ausgegeben wird. Ein Uberschuß an die Reichskasse ist noch nicht vorgesehen, weil nach den gesetzlichen Vorschriften erst der Rücklagefonds aufgefüllt werden muß.

Man wird also zugeben müssen, daß die Finanzlage der Reichspost günstig ist. Dies um so mehr, als festgestellt wurde, daß in den neuen Voranschlägen bereits Mittel für eine Erhöhung der Besoldung der Postbeamten vorgesehen sind. Der von den Vertretern der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion eingebrachte Antrag, auf Grund des Reichspostfinanzgesetzes den Zuschlag zu den Gehältern der Postbeamten der Gruppen I-VI von 12¼ auf 20 Proz. zu erhöhen, wurde aber trotzdem abgelehnt. Den Ausschlag für diese Ablehnung gaben die Vertreter der bürgerlichen Reichstagsfraktionen im Verwaltungsrat, ganz besonders diejenigen der Jarres-Parteien. Praktisch bedeutet diese Stellungnahme des Verwaltungsrats, daß die für die Beamten der Reichspost zur Besoldungserhöhung vorhandenen und in den Etat eingetragenen Mittel an die Empfangsberechtigten nicht ausgeschüttet, sondern ihnen vorenthalten werden. Kommt man nach den letzten Reichstagsverhandlungen zu der Annahme, daß günstigstenfalls im Herbst irgend etwas für die Beamten geschehen wird, so kann schon heute feststellt werden, daß die Postbeamten durch den Verwaltungsrat um die ihnen rechtmäßig zustehende Zulage um ein halbes Jahr betrogen worden sind. Eine Tat der Jarres-Parteien, die sich würdig ihrem Verhalten im Reichstag anstellt.

Ebenso hat der Verwaltungsrat den Antrag der Vertreter der SPD-Reichstagsfraktion abgelehnt, bei der Reichspost die geringsten Dienstleistungen (51 Stunden anstatt 54 Stunden wöchentlich) durchzuführen, die das Reichskabinett den Beamten endlich zugestanden hat.

Man sieht, die Tendenzen des Kabinetts Luthers und der bürgerlichen Parteien im Reichstag finden im Verwaltungsrat des größten Reichsbetriebes ihren Widerhall. Wer hat Schuld daran? — Die Wähler vom 7. Dezember 1924.

Deshalb keine Fortsetzung der falschen Richtung.
Postbeamte, Augen auf, wählt am Sonntag

Otto Braun!

Die betrogenen Sparer.

Hugenberg gibt ihnen Ratschläge.

Immer deutlicher tritt in Erscheinung, daß die Absicht der Deutschnationalen dahin geht, die Sparer und Gläubiger endgültig um die Einlösung ihrer Wahlversprechungen zu pressen. Die Tatsache, daß ihre Schliche und Pfliffe restlos aufgedeckt werden, ist ihnen begreiflicherweise furchtbar unangenehm. Der „Total-Anzeiger“ des Schwerindustriellen Hugenberg muß deshalb den enttäuschten Sparern gut zureden, doch ja nicht der Wahl fernzubleiben, wie der Sparerverband beschlossen hat. Jede Wahlenthaltung stärke die Vintsparteien und im übrigen sei doch die „überwiegende Mehrheit der Aufwertungs-gläubiger erfahren genug, um zu wissen, daß die Deckung für ihre Forderungen nicht aus der freien Luft geholt werden kann“.

Das ist der Rede Sinn! Ihr habt zwar Forderungen, aber sie können nicht gedeckt werden! Deshalb müßt ihr warten und euch mit einigen Prozentchen abspesen lassen. Das Uebrige braucht die „Wirtschaft“, das heißt dieselben Kreise, die eben erst die 750 Millionen Goldmark als Ruhrgeschenk ohne Genehmigung des Reichstags zugeschanzt erhielten!

Die Sozialdemokratie hat sich immer für die Kostleidenden eingesetzt, aber sie hat niemals wahllose Wählerversprechungen gemacht. Die Deutschnationalen haben ihre ganzen Erfolge ihrer Aufwertungs-demagogie zu verdanken. Jetzt, wo es sich um Taten handelt, kneifen sie und wollen den Sparern Sand in die Augen streuen. Das soll ihnen trotz Hugenberg nicht gelingen!

Im übrigen: Ist es richtig, daß die deutschnationalen Abgeordneten und Wahlredner soeben Anweisung von ihrer Hauptgeschäftsstelle erhielten, vor der Präsidentenwahl nicht mehr über Aufwertung zu sprechen?

Thälmann.

Eine Entwicklung zur „Fähigkeit“.

Man schreibt uns:
Bei dem 1919 in Stuttgart stattgefundenen Verbandstag des Deutschen Transporitarbeiterverbandes wurde Thälmann als Hamburger Delegierter der Hafenarbeiter von der damaligen Opposition aufgeführt, gegen den Verbandsvorsitzenden Schumann als Gegenkandidat zu fungieren. Thälmann lehnte dies seinerzeit mit der sinngemäßen Begründung ab, daß er für die Funktion des Verbandsvorsitzenden nicht die notwendigen Fähigkeiten besitze!

Das war ein ehrliches Eingeständnis. Inzwischen hat Thälmann unter der Jucht Ruch Fischers sich entwickelt. Jetzt langt's bei ihm nicht nur zum Verbandsvorsitzenden, jetzt hält er sich auch gleich dem Amt des Reichspräsidenten gewachsen.

Er huldigt also dem Sprichwort, daß er mit feinen höheren Abjagen wachse. Aber die Wähler werden der Meinung sein, daß eine Sowjefflappe noch kein Beweis von Tüchtigkeit sei!

Der abgebaute Ludendorff.

„Wie auch nur einen Augenblick erwogen...“

Der „Völkische Kurier“ machte vor einigen Tagen die aufsehenerregende Mitteilung, daß der Rechtsblock versucht hat, den bayerischen Nationalsozialisten die Kandidatur Ludendorff abzukaufen. Man bot ihnen für Ludendorff Geld, „soviel sie wollten“. Die bayerischen Nationalsozialisten gingen auf den Bestechungsversuch nicht ein.

Anders sieht es in Norddeutschland aus. Dort ist die „deutsche völkische Freiheitsbewegung“ mit fliegenden Fahnen zu Jarres übergegangen, den man noch kurz zuvor als kleines Format abgelehnt hatte. Die völkische Presse wagt ebensowenig wie die Rechtsblockpresse von dem einzig bestehenden Korruptionsversuch auch nur ein Wort zu erwähnen. Dafür veröffentlicht der „Tag“ eine Zuschrift des Grafen Repentlow, in der Ludendorff im Namen der völkischen Bewegung noch einmal abgelehnt wird. Repentlow schreibt:

Der Gedanke einer Kandidatur Ludendorff ist von gas als auch nur einen Augenblick lang in zustimmenden Sinne erwogen worden.

Das ist ein Begräbnis für Ludendorff und noch nicht einmal ein Begräbnis erster Klasse. Noch vor ganz kurzer Zeit hätten die Völkischen eben geseigt, der Ludendorff ähnlich pietätlos in die Erde zu stellen gemogt hätte. Aber heute wählen sie lieber das kleine Format Jarres. Treue um Treue oder alles um Geld?

„Heraus aus dem Parteisumpf...“

Sagt Jarres.

„Was wir wollen, ist vor allem eins: Heraus aus dem Parteisumpf!“ So sprach gestern in Stuttgart Herr Jarres. Die Presse der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei druckt es begeistert nach.

Wenn man in der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei der Meinung ist, daß die Parteien allgemein Sumpfe sind, so wird man dort wohl wissen warum. Herr Jarres, wohlbermerkt, bezeichnet nicht diese oder jene Partei als einen Sumpf, sondern für ihn ist das ganze Parteigetriebe ein überfließendes Gewässer und weiter nichts. Ohne Unterschied der Partei, die Deutschnationale und die Deutsche Volkspartei mit eingeschlossen!

Aber wie geht das zu? Ist denn Herr Jarres nicht selbst ein Parteikandidat? Ist er politisch so naiv, nicht zu bemerken, daß seine Kandidatur nur von zwei augenblicklich verbündeten Parteien, der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei, gestützt und getragen wird?

Man stelle sich vor, die Weimarer Koalition, oder Zentrum und Demokraten, oder Sozialdemokraten und Demokraten hätten einen gemeinsamen Kandidaten aufgestellt und irgend jemand hätte den schlechten Geschmack, eine solche Kandidatur als „überparteilich“ auszusprechen. Welches Hohngelächter würde sich darüber in der Rechts- presse erheben! So aber, wenn die um Hergt und die um Stresemann sich auf einen gemeinsamen Mann einigen, ist das ein „überparteilicher“ Kandidat, und während er mit dem einen Fuß im deutschnationalen, mit dem andern im volksparteilichen Sumpf steht, ruft er zum Entzücken der reaktionären Parteipresse: „Heraus aus dem Parteisumpf.“

Die Deutschnationale und die Deutsche Volkspartei lassen sich diese Beschimpfung durch ihren eigenen Kandidaten gerne gefallen, denn sie versprechen sich davon Vorteil. Kein Zweifel, in weiten Kreisen des Volkes herrscht Ekel vor dem Parteigetriebe. Der unpolitische Spießbürger steht und hört nur, wie die Parteien einander beschimpfen, aber er weiß nicht, wer recht hat. Also kommt er zu der bequemsten Schlussfolgerung: „Sie sind alle einander gleich. Das beste ist, man kümmert sich nicht darum.“ Auf diese urteillosen Spießbürger rechnen die Deutschnationale und die Deutsche Volkspartei, wenn sie vorgeben, ihr Kandidat sei der überparteiliche, der unparteiliche.

Würden die beiden Rechtsparteien ihren gemeinsamen Kandidaten offen als den ihren erkennen lassen, so hätte das für sie den allergrößten Nachteil. Denn dadurch würden sie die Pfeile der Kritik auf sich lenken, und die Abstimmung über Jarres wäre dann eine Abstimmung über die Politik, die sie in der letzten Zeit getrieben haben. Diese Kritik fürchten sie wie der Teufel das Weihwasser. Darum wollen sie im Kampf um die Reichspräsidentenschaft nichts von Parteien wissen, darum versuchen sie, wie weiland Freiherr von Münchhausen, sich selber an dem eigenen Jopf aus dem „Parteisumpf“ herauszuziehen.

Aber der Ruf: „Heraus aus dem Parteisumpf!“ ist doch weiter nichts, als eine jener politisch kindlichen Redensarten, wie wir sie aus dem Munde des Erkorenen der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei schon so oft gehört haben. Um „aus dem Parteisumpf“ herauszukommen, das heißt, um das Parteigetriebe zum Stillstand zu bringen, dazu genügt es ja gar nicht, die herrlichen Zustände unter Wilhelm II. wieder einzuführen, da muß man schon mindestens zu Friedrich Wilhelm III. und zum Absolutismus zurückkehren.

Parteien, die einander heftig bekämpfen, gibt es heute in jedem Land. Ausgenommen Rußland, wo die KPR „überparteilich“ waltet und alle anderen Parteien mit den Mitteln des Neu-Jarismus bekämpft. Ausgenommen Osterreich bis zu einem gewissen Grade Italien, wo die herrschende nationale und sozusagen „überparteiliche“ Faschistenpartei feindliche Druckereien anzündet, politischen Gegnern Kizinusöl einflößt und sie gelegentlich ermordet.

Wo ist das ideale Vorbild des „überparteilichen“ Herrn Jarres? Im Preußen Friedrich Wilhelm III.? Im Rußland Sinowjens? Oder im Italien Mussolinis?

Mit der demokratischen Staatsverfassung, die heute die Verfassung aller zivilisierten Völker ist, ist das Bestehen von Parteien und der Kampf zwischen ihnen unrennbar verbunden. Wo kein Kampf der Parteien ist, da ist Stillstand, da ist wirklicher Sumpf. Nur stillstehende Gewässer faulen. Und wenn die Bäche des deutschen Parteilebens oft so übel riechen, so kommt das nur von dem pfaulen Sumpfwasser, das immer noch aus dem alten Staubecken des Stillstands, der politischen Reaktion, abfließt. Parteien müssen sein. Parteien müssen miteinander ringen. Nur sollen sie ihren Kampf mit reinen Waffen führen, nicht mit erbärmlichen Verleumdungen, nicht mit schmutzigen Lügen. Nur wo das geschieht, da weht Sumpfwind.

Deswegen bleibt aber doch die Partei das Instrument des Volkswillens in der Demokratie, und wer Oberhaupt eines demokratischen Staates werden will, dessen Verstand muß wenigstens soweit reichen, um die Notwendigkeit des Parteilebens zu begreifen.

Die ganze sogenannte „überparteiliche“ ist nichts anderes als eine Finte des reaktionärsten und brutalsten Teils des deutschen Großbürgertums. Wenn er seinen Haß gegen die Parteien zur Schau trägt, so kennt er in Wahrheit doch nur einen Haß: den Haß gegen die Partei der arbeitenden Massen, den Haß gegen die Sozialdemokratie.

Parteien sind Instrumente des Volkswillens in der Demokratie, Parteien müssen sein, es geht nicht ohne sie. Aber die bei weitem stärkste, geschlossenste, am tiefsten fundierte Partei Deutschlands, das ist die Sozialdemokratie!

Die Sozialdemokratie war die stärkste Partei vor dem Krieg. Sie ist die stärkste Partei nach dem Krieg. Alle Erschütterungen und Verwirrungen eines unheilvollen Jahrzehnts haben daran nichts zu ändern vermocht.

Die Sozialdemokratie verfügt noch nicht über die Mehrheit. Aber, wenn es eine Partei gibt, die die wohl begründete Aussicht hat, für sich allein die Mehrheit zu gewinnen, dann ist es sie und nur sie!

Als ihre stärkste Mitbewerberin erscheint augenblicklich die deutschnationale Partei. Die ist aber doch nichts anderes als eine unfolide, inflationistisch aufgeblähte Nachkriegsgründung. Dieses Gemisch von Konservativen, Freikonserwativen, Antisemiten und Allduitschen wird noch manchen Zerfällungsprozeß durchmachen, bis sich herausstellen wird, was von ihm übrig bleibt.

Die Unfähigkeit des reaktionären Großbürgertums, eine starke, geschlossene Partei zu bilden, die der Sozialdemokratie gewachsen ist, manifestiert sich in dem kläglichen Geschrei nach „Heberparteilichkeit“. Und der Ruf „heraus aus dem Parteisumpf!“ ist nur eine Variante des alten wohlbekannten Rufes: „Sammlung gegen die Sozialdemokratie!“

Sammlung gegen die Sozialdemokratie oder Sammlung in der Sozialdemokratie! Das ist die Frage.

Die deutsche Sozialdemokratie ist eine Partei. Und sie ist doch mehr als eine der Parteien, deren Namenverzeichnis die politische Almanache ziert. Sie ist die bewusste Vorkämpferin des schaffenden Volkes, der ungeheuren Volksmehrheit, sie ist die Trägerin einer Weltanschauung, und sie ist die Schöpferin und die eigentliche Staatspartei der Deutschen Republik!

Auf den jammervollen Schrei des deutschnationalen und volksparteilichen Parteikandidaten Jarres „heraus aus dem Parteisumpf!“ antworten wir mit dem Ruf:

Hinein in die Partei! Hinein in die Reihen der Sozialdemokratie!

Zeigen wir am 29. März den grandiosen Verächtern des Parteiwesens, was die Partei vermag!

Jarres-Chäimann-Parteiblock.

Obstruktion in Preußen.

Im Ständigen Ausschuh des Preussischen Landtags, der heute zur Beratung der von der Regierung eingebrachten Beschlüsse über die Grundsteuer und Gewerbesteuer zusammentrat, gab zu Beginn der Redner der deutschnationalen Fraktion Abg. v. D. Osten eine Erklärung ab, die sich scharf gegen die Beratungen des Ausschusses wendet. Das Zusammentreten des Ständigen Ausschusses zur Beratung der vorgezeichneten Rotverordnungen sei verfassungswidrig und die deutschnationale Fraktion werde für den Fall, daß diese Verordnungen trotzdem erlassen werden, ihre Gültigkeit bei dem Staatsgerichtshof anfechten. Es gehöre nicht zu dem Aufgabekreis eines Geschäftsministeriums, Gesetzesvorlagen von einschneidender politischer und wirtschaftlicher Bedeutung zu machen. Richten derartige Vorlagen unbedingt gemacht werden, dann sei das nur auf dem Wege der ordentlichen Gesetzgebung möglich. Das Rotverordnungsrecht der preussischen Verfassung sei ein Ausnahmegericht, das nur für gewisse Notfälle geschaffen worden sei. Insbesondere sei es unzulässig, Gesetzesvorlagen, die im Landtag nicht durchgesetzt werden könnten, im Wege der Rotverordnung erlassen zu wollen.

Der Führer der Deutschen Volkspartei Abg. v. Campe forderte des Erscheinens des Ministerpräsidenten im Ständigen Ausschuh. Dieser Forderung schlossen sich die deutschnationalen, die Wirtschaftsparteiler und, wie gewöhnlich, die Kommunisten an. Die Abg. Grzelinski und Hirsch von den Sozialdemokraten, Herold vom Zentrum und Riedel von den Demokraten verlangten, daß schließlich in die Tagesordnung eingetretet werde. Es gab eine stürmische Geschäftsordnungsdebatte. Finanzminister

Dr. Höpfer, Nischoff sowie die Staatssekretäre Dr. Weiz und Meißer erwiderten mit Nachdruck, daß tatsächlich ein ungewöhnlicher Notstand die Regierung zu ihrem Vorgehen zwingt.

Abg. v. D. Osten wußte darauf nur zu erwidern, daß nur durch die Weigerung der Regierungsparteien, ein Beamtenkabinett zu bilden, der Notstand hervorgerufen worden sei.

Der Antrag der Opposition, die Verhandlungen im Ständigen Ausschuh nicht stattfinden zu lassen, wurde von der Mehrheit abgelehnt. Daraufhin verließen die Vertreter der deutschnationalen, der Deutschen Volkspartei und der Wirtschaftspartei und der Kommunisten den Saal.

Nach dem Ausmarsch der Opposition trat der Ausschuh in die Tagesordnung ein. Die Verordnung zur Grundsteuer, die bereits das Plenum eingehend beschäftigt hat, wurde ohne Aussprache angenommen, ebenso fand Annahme die zweite Ergänzungsverordnung zur Neuordnung der Gewerbesteuer, nachdem in kurzer Aussprache darauf hingewiesen worden war, daß die Vorlage sehr dringlich sei. Danach trat der Ausschuh in die Beratung der Verordnung zur Verlängerung der Wahlzeit der Provinziallandtage und Kreistage bis zum 30. November ein.

„Zeit“ gegen „Börsen-Zeitung“.

Wir fordern klare Antworten!

Die volksparteiliche „Zeit“, die bisher frampfhast bemüht war, das Vorhandensein erster Differenzen innerhalb des Rechtsblocks über die Außenpolitik Stresemanns zu leugnen, setzt sich gegen die Angriffe des Chefredakteurs der „Berliner Börsenzeitung“, Dr. Paul Deitrich, zur Wehr. Unter der annüthigen Ueberschrift „Paul, du rasest“ verteidigt sie Stresemann gegen den Vorwurf, daß er die Deffenheit über seine Sicherheitsvor schläge nicht unterrichtet hätte und verweist dabei auf die Veröffentlichung der Rede des Außenministers im Auswärtigen Ausschuh.

Dieses Geplänkel entbehrt schon deshalb nicht eines gewissen Reizes, als die „Börsenzeitung“ bisher nicht als ausgesprochen deutschnational, sondern eher als rechtsvolksparteilich galt. Jedenfalls hat sie z. B. in der schmuggigen Barmat-Kampagne an einem Strang gezogen mit der „Zeit“ und sie führt gemeinsam mit ihr den Feldzug für die Präsidentschaft Jarres, die ja bekanntlich zu allererst von Stresemann und seinem Organ propagiert wurde.

Im übrigen wäre es an der Zeit, daß sowohl die Deutsche Volkspartei wie auch die deutschnationalen folgende Fragen klipp und klar beantworteten:

Hal Herr Stresemann sein Sicherheitsangebot tatsächlich, wie es die deutschnationalen hinstellen belieben, hinter dem Rücken des Kabinetts gemacht? Ist insbesondere der Reichsinnenminister Schiele darüber im unklaren gehalten worden, oder hat er an Kabinettsitzungen teilgenommen, in denen die Stresemannschen Vorschläge besprochen wurden, und wie hat er sich dazu verhalten? Haben die deutschnationalen Mäntler wenigstens unmittelbar nach der Rede Stresemanns im Auswärtigen Ausschuh gegen das Garantieangebot Protest erhoben oder nicht?

Die Beantwortung dieser Fragen ist entscheidend für die Bewertung der Unaufrichtigkeit des plötzlich entfeffelten deutschnationalen Proteststurmes.

Der Magdeburger Prozeß.

Scheidemann nicht vernunftgemäß.

B. S. Magdeburg, den 20. März. Der Beginn der heutigen Verhandlung verzögerte sich bis um 11 Uhr, da sich das Gericht mit einigen eingelaufenen Schreiben, darunter einem Attest des Kasseler Kreisarztes über den Gesundheitszustand des Oberbürgermeisters Scheidemann zu beschäftigen hatte. Das Attest lautete dahin, daß der Kreisarzt nach einem Zeugnis des Kasseler Arztes Dr. Hirsch festgestellt habe, daß Scheidemann an Magen- und Darmgeschwüren leide. Die persönliche Untersuchung Scheidemanns habe ergeben, daß er gut gewachsen und genährt sei, daß dagegen die Leber reizbar sei. Der Ablauf von drei Monaten sei Scheidemann unmöglich den Strapazen einer Reise oder einer Vernehmung auszuweichen.

R. A. Dr. Luetgebrune: Nach diesem Attest stelle ich fest, daß in der „Kasseler Zeitung“ heute ein Artikel erschienen ist, nach dem Herr Scheidemann heute abend in einer Wahlversammlung in Kassel sprechen will.

Generalstaatsanwalt: Die Absicht des Herrn Scheidemann, heute abend zu sprechen, ist nebenächlich. Nach dem Attest muß Herr Scheidemann drei Monate Ruhe haben. Die Staatsanwaltschaft kann auf eine Gegenüberstellung mit Richard Müller, Raibahn, Dittmann um nicht verzichten. Ich stelle den Antrag, daß das Gericht in Kassel anfragt, ob nicht die Gegenüberstellung in Kassel erfolgen kann. Allerdings wird das mit leichten Aufregungen verbunden sein, wenn den Beweisanträgen stattgegeben wird.

R. A. Dr. Luetgebrune: Ich werde unter Beweis stellen, daß am 23. dieses Monats Herr Scheidemann in der Stadtverordnetenversammlung in Kassel sich mit einem Gegner herumgeschlagen hat. Wie stellen den Antrag, daß Scheidemann hier vernommen wird, da der Gesamteindruck für das gesamte Gericht notwendig ist. Die Stellung der Staatsanwaltschaft wundert mich, da sie seinerzeit mit der Entlassung des Zeugen einverstanden war.

Generalstaatsanwalt: Die Staatsanwaltschaft hat ein erhebliches Interesse, den Prozeß zu Ende zu führen. Deshalb beantragte wir, den Kassel und den Berliner Arzt zu vernahmen, um festzustellen, ob Scheidemann in Kassel vernommen werden kann. In das nicht durchführbar, so sehe ich keine Möglichkeit für die Weiterführung des Prozeßes.

R. A. Dr. Luetgebrune: Die Frage, ob durch die Unmöglichkeit einer Weitervernehmung Scheidemanns eine Verletzung des Prozeßes notwendig werden sollte, erscheint uns ausgeschlossen. Wenn Scheidemann in Kassel vernommen werden soll, muß das ganze Gericht dabei sein. Aber es läßt sich doch gar nicht übersehen, welche Zeugen dann dazu noch notwendig sind.

Dr. Luetgebrune: Wir bitten, nochmals zu bedenken, daß Herr Scheidemann bis in die letzten Tage gearbeitet hat, daß infolgedessen eine Vernehmung hier möglich ist, andernfalls muß die Vernehmung Scheidemanns vor vollbeendetem Gericht in Kassel stattfinden.

Anfragen an Luetgebrune —

den Kämpfer gegen „Landesverrat“.

Ein Mitglied des früheren Arbeiter- und Soldatenrats Göttingen richtet an den Verteidiger Rothardt in Magdeburg, den deutschnationalen Rechtsanwalt Luetgebrune aus Göttingen, diese Anfragen:

Ist Ihnen der Rechtsanwalt Luetgebrune aus Göttingen näher bekannt, der im November 1918 wiederholt im revolutionären Arbeiter- und Soldatenrat verkehrte und mit dessen Vorsitzenden verhandelte?

Ist Ihnen bekannt, daß dieser Vorsitzende eines Tages mit den Herren von Wangenheim und von Olenhufen den landesverräterischen Versuch machte, durch Ausrufung einer „Republik Hannover“ die Provinz von Preußen zu trennen?

Ist Ihnen weiter bekannt, daß dieser landesverräterische Vorsitzende, mit dem der erwähnte Rechtsanwalt Luetgebrune mehrfach verhandelte, auf Anordnung des Arbeiter- und Soldatenrates verhaftet und als Schädling aus Göttingen abgehoben wurde?

Ist Ihnen ferner bekannt, daß gerade die Sozialdemokraten im Arbeiter- und Soldatenrat den Versuch der Versteigerung Hannovers von Preußen durch ihre energischen Maßnahmen verhinderten?

Echt Rechtsblock.

Hundertmillionen-Geschenke der Schwerindustrie — den Gewerbetreibenden Vorkredit.

Die Volkspartei fordert in einem Antrag einen Kredit von 10 Millionen für die notleidenden Gewerbetreibenden im besetzten Gebiet. Der Antrag spricht Bände. Der Schwerindustrie im Ruhrgebiet ist heimlich ein Geschenk von 700 Millionen Mark gemacht worden. Wäre es nach dem Wunsche der Volkspartei und ihrer willigen Regierung gegangen, hätte die Deffenheit nie etwas von dem Skandal erfahren. Da die dauernde Geheimhaltung infolge der Wachsamkeit der Sozialdemokratischen Partei nicht gelungen ist, versucht man es jetzt mit einem Ablenkungsmanöver. Aber gerade der Ablenkungsantrag der Volkspartei zeigt das Wesen des Rechtsblocks unterhüllt, der Jarres zum Präsidenten wählen will.

„Mit den Waffen in der Hand.“

Der frühlingsfestliche Jahrmartsummelndebat Dr. Jarres hat vor anderthalb Jahren den Standpunkt eingenommen, daß das besetzte Gebiet preisgegeben werden müsse. Natürlich nur vorübergehend. In zehn oder zwanzig Jahren solle es dann „mit den Waffen in der Hand wiedergewonnen werden“. An diesem Satzgefüge ist mehr noch als das politische Bekenntnis zum Revanchekrieg, die Leichtfertigkeit der Vorstellung, wie er sich abspielen würde, zu beachten. Herr Jarres weiß natürlich, daß heute schon und viel mehr noch in zehn oder zwanzig Jahren ein Krieg nicht mehr ein Kampf einzelner gegen einzelne ist, ein Augelaustausch und Boykottgemisch, sondern ein unperfälicher Ringkampf der Todestechen, ein grauenhaftes Duell der Maschinen und Giftgas. Es läßt sich gar kein Verantwortungsbezuhrer, gar kein mit der Kreatur mitleidiger Mensch denken, dem sich mit dem inhaltsüberfüllten Begriffe Krieg nicht im Augenblick die Vorstellung von seiner Wirklichkeit verbände. Herrn Jarres hat sie sich nicht verbunden. „Mit den Waffen in der Hand“ (der anderen natürlich) spielt sich ein Zukunftskrieg ab. Wie frisch-fröhlich das klingt! Wie das duftet nach der Abziehbilddrogenromantik (sneidig vorwärtsstürmender Zinnsoldaten, die, eine Kette im blühenden Heim, in den Mienen lustige Zuversicht, auf den blinkenden Säbelspitzen den Sieg tragen. . . . Man soll nicht sagen, daß das ja nur ein flüchtiger Zufallsausdruck gewesen sei, eine biblische Redeweise. Dazu gehörte, daß der temperamentvolle Sprecher in einem ruhigen Moment das Unrichtige, das Gehaltlose seiner Formulierung empfinde. Von Herrn Jarres ist das nicht vorzustellen. „Mit den Waffen in der Hand“: das ist seine Weltanschauung. „Mit den Waffen in der Hand“: das ist die elegante Ueberschwengung der größtlichen Menschenverirrung durch die beschönigende Phrasen, das ist die schnellfertige Ersetzung der Blommenwertfalschheit durch die Phantasie der Kaiserparade. „Mit den Waffen in der Hand“ zieht der Spieler aus: abends am Stammtisch. So ist der Krieg, nicht auf dem Schlachtfeld zwar, aber in der nationalen Kriegsberichterstattung, die die Sturmangriffe mit dem Banner in der Faust vorträgt.

Herr Dr. Jarres hätte seinen Gegnern gar keine anderen Waffen gegen sich in die Hand zu geben brauchen. Diejenigen, mit denen er seine Revanchekriege austrüete, richten sich genügend gegen ihn für jeden, der von der Höflichkeit der Phrasen, die sie im Munde führt, auf das Format der Person zu folgern besteht. H. B.

Ein neues Serum gegen Syphilis.

Die Pariser Akademie der Medizin beschäftigte sich in ihrer letzten Sitzung mit einem neuen, dem Blut des Lamas entnommenen Serum gegen Syphilis. Der Bericht darüber ist ganz dazu angetan, überall das größte Aufsehen zu erregen.

Die Entdecker des Serums sind die zwei argentinischen Ärzte

Dr. Jauregui und Dr. Bancelotti. Beim Studium alter Schriften über die Sittengeschichte der Amerikaner vor der Ankunft der Spanier stießen sie auf einen Vassal, der sich über die überrolfende Lasten verbreitete, daß das in der Neuen Welt heimische Lama einer Krankheit zugänglich sei, die auch auf den Menschen unter bestimmten, aber von dem Landesgesetz mit der Todesstrafe bedrohten Umständen übertragbar sei. Das Studium der in den alten Texten gegebenen Erkennungszeichen der Krankheit recht fertigte die Vermutung, daß damit die Syphilis gemeint sei. Schon im Jahre 1552 hatte übrigens der spanische Schriftsteller Gomara berichtet, daß eine Krankheit der Lamas, mit der eingeborene Frauen die Spanier infiziert hatten, von diesen nach Europa verschleppt und dort auf Neapolitanerinnen übertragen worden sei. Bei diesen hätten sich dann französische Soldaten angesteckt, weshalb auch die Seuche den Namen „französischen Krankheit“ erhalten hätte.

Durch ihre Versuche fanden die Herren Jauregui und Bancelotti die in den alten Texten mitgeteilten Berichte vollumfänglich bestätigt. Es gelang ihnen selbst, die Krankheit vom Menschen auf das Lama zu übertragen, und ein Zwischenfall im Laboratorium erbrachte weiterhin den Beweis, daß sie vom Lama wieder auf den Menschen übertragbar sei. Damit war bereits ein großer Schritt getan; denn die Syphilisforschung sah sich stets durch den Mangel eines Versuchstieres behindert, das für diese Krankheit in derselben Weise wie der Mensch empfänglich war. Das Kaninchen ist zu klein und bewahrt überdies auch den Virus schlecht, und die Affen sind, abgesehen davon, daß die Uebersetzung schwierig ist, zu teuer und überdies zu empfindlich, um in unserem Klima für Versuche in Betracht zu kommen. Das Lama dagegen ist ein widerstandsfähiges Tier; es ist leicht zu züchten und kostet, wenigstens in seiner Heimat, nicht viel. Den beiden argentinischen Ärzten boten sich somit die günstigsten Bedingungen, um ihre im Jahre 1913 begonnenen Versuche durchzuführen.

Dank diesen günstigen Bedingungen gelang es ihnen, ein Serum herzustellen, das bei dem Lama, wie einmündig festgestellt ist, die Syphilis zur Heilung bringt. Sie haben der Veruchung nicht widersprochen, den Tierversuch am Menschen zu erproben und dabei durchaus ermutigende Erfolge erzielt, wenn es auch heute noch nicht an der Zeit ist, die Behauptung zu wagen, daß ihr Serum das endgültige Syphilisheilmittel darstellt. Die Forscher selbst erklären, daß allem die Zeit endgültigen Aufschlusses über die Dauerwirkung erbringen könne. Die Doktoren Jauregui und Bancelotti werden mit einer Anzahl Lamas nach Paris kommen, um im Kaiserlichen Institut den französischen Kollegen Gelegenheit zur Nachprüfung ihrer Entdeckung zu geben.

Körpererziehung und Bewegungskunst. Die Schule des Dr. Rudolf Bode, die sich mit Gruppenübungen und Gruppendarstellungen im Kammermusikhaus produzierte, bezweckt Befreiung des Körpers von naturwidriger Verkrampfung. Erste Grundfrage ist möglichst radikale Entspannung der Muskeln. Ausgangspunkt der Bewegung ist der Aumputz, von dem die Schwünge sich in die Glieder fortplanzen. Der Leiter der Berliner Bodenschule, Hinrich Bode u., setzte in eintätendem Vortrag die Prinzipien und die Methode auseinander und führte mit zwanzig Kindern die Grundübungen der Ausdrucksgymnastik vor. Es folgten

dann Gruppenübungen Erwachsener: Gleichgewichtsübungen, Hoch- und Tief-, Links- und Rechtschwünge, Bor- und Rückschwünge im Gang und im Anien, Seitenschwünge in strenger und in freier Form, Schlagbewegungen, Lauf und Sprung. Den Schluß bildeten künstlerische Gruppendarstellungen einer Ballade, einer Hymne, eines Tanzes und einer Rhapsodie. Alle Vorführungen hatten ausschließlich gymnastischen Charakter. Das System mag, was ich nicht beurteilen kann, seine hygienischen Vorzüge auf leiblichem und seellichem Gebiet haben. Auch führt es in seiner konsequenten Ausbildung zu einzelnen Schwüngen (namentlich bei den strengen Seitenschwüngen trat das zutage), die zweifellos künstlerische Ausdruckswerte enthalten und die weder die Lamas, noch die Wigman, noch die Klant-Schule kennt. Diese Mittel zur Gestaltung von Kunstwerken zu benutzen, gelingt aber Bode nicht. Schon die Forderung, daß alle Schwünge vom Kumpf ausgehen sollen, bedeutet eine Vergewaltigung der künstlerischen Einzelpersönlichkeit. Ebenso gut könnte man von jedem Sänger verlangen, er solle Baß singen. Der Forderung Bodes kann naturgemäß nur der Tiestänzer genügen. Beim Tiestänzer gehen die Schwünge von den Gliedern aus und der Hochtänzer arbeitet überhaupt mehr mit Spannung als mit Schwüngen. Man könnte diese Unterschiede der individuellen Naturanlage sehr deutlich bei der Kindergruppe, etwas weniger deutlich, aber doch noch merkbar, bei den Gruppen der Erwachsenen wahrnehmen. Aber für die künstlerische Seite des körperphysiologischen Problems scheint Bode überhaupt das Verständnis zu fehlen. Die Gruppendarstellungen der Ballade usw. waren als Kunstleistungen nicht diskutabel. In Komposition und Ausführung absoluter Dilettantismus. Diese rhythmischen Bewegungen sind nicht seelisch erregend, sondern schweißtreibend. Sie gehören in die Turnhalle, aber nicht aufs Tanzpodium. J. S.

Junge Arbeiterbildung. Der Arbeiterjugend-Verlag, Berlin E. B. 61, hat sich durch die Herausgabe der Gedichte unjüger Arbeiterdichter hohes Verdienst erworben. Die Reihe schmuder Gedichtbände (Lese, Brand, Barthel usw.) ist in letzter Zeit durch drei weitere Bändchen vermehrt worden, die größter Beachtung wert sind. Franz Diederich, der leider zu früh verlorbene Meister der Sprachkunst und des dichterischen Ausdrucks, ist vertreten mit einer Auswahl seiner stärksten Verse („Jungfreudig Volk“), je ein Bändchen ist gewidmet dem Schaffen Bruno Schön-Lants („Eri uns, du Erde“) und Otto Schäfers („Auffahrt und Einflang“). Wer Verse lesen will, die dem Fühlen und Denken lichtbringender Großtätmenchen Ausdruck verleihen, der greife zu diesen Bändchen! Der Preis ist äußerst niedrig. Die brochierte Ausgabe kostet 0,45 M. und die in Halbleinen gebundene 0,80 M. H. B.

Die Gemäldergalerie Carl Nicolai, Viktorstr. 26a, eröffnet am 1. April eine Ausstellung von Meisterwerken der Malerei des 19. und 20. Jahrhunderts, welche landschaftliche und häßliche Gemälde von Bieder, Gornitz, Reiß, Liebermann, Kengel, Schuch, Elvegt, Epimeng, Thoma u. a. zeigen wird.

Max Halbe, der Dichter der „Augen“, wird am 4. Oktober 60 Jahre alt. Im Komitee, dem unter anderem Gerhart Hauptmann, Jehner, Reckziele, Heinrich Schulz, Niddt und Ballauer angehören, forbert die deutschen Bühnenleiter auf, zur Feier des Tages Aufführungen des Halbes Dramen zu veranstalten.

Der Sicherungspakt.

Die deutschen Vorschläge und die Obergrenzen.

Paris, 26. März. (ZL). Der Londoner französische Botschafter de Fleury ist gestern früh mit genauen Instruktionen des Ministerpräsidenten nach London gereist und wird unmittelbar nach seiner Ankunft, wahrscheinlich schon heute, eine neue Unterredung mit Chamberlain haben. Den Standpunkt Frankreichs nach der Rede des englischen Ministers des Aeußern gegenüber den Vorschlägen, wie ihn de Fleury der englischen Regierung darlegen wird, glaubt der „Matin“ dahin zusammenfassen zu können, daß Frankreich zunächst nach wie vor bereit ist, die deutschen Vorschläge im Geiste größter Sachlichkeit und guten Willens zu prüfen. Was Polen anbelange, dem Großbritanien in der ganzen Angelegenheit die Rolle des Sündenbocks zugewiesen habe, so bleibe die Haltung Frankreichs hierin unverändert. Polen wolle kein Hindernis für die Sicherheitsfrage im Westen bilden, werde sich aber andererseits streng an den Versailler Vertrag halten. Dies sei auch die Ansicht der französischen Regierung. Die Frage sei, ob Deutschland, wenn es zur getreuen Beobachtung des Vertrages angehalten werde, seine friedlichen Vorschläge aufrecht erhalten würde. Das erscheine wenig wahrscheinlich.

Interessanter als die vorstehenden, allerdings inspirierten Angaben des „Matin“, sind die Erklärungen, die eine ungenannte hochstehende politische Persönlichkeit dem Bericht der „Matin“ gemacht hat. Die betreffende Persönlichkeit, die in nahen Beziehungen zum Kabinett Baldwin steht, hat folgendes erklärt: „Kommt Deutschland um vorbehaltlose Aufnahme in den Völkerbund ein, so wird der Garantiepakt im Westen ohne weiteres zustande kommen. Was die Obergrenze anbelangt, so steht die englische Regierung auf folgendem Standpunkt: Wenn Deutschland nach Aufnahme in den Völkerbund sämtliche übernommenen Verpflichtungen erfüllt und damit den Beweis des guten Willens erbringt, so kann es kraft Artikel 19 des Völkerbundespaktes geltend machen, daß sein Obergrenzen den wirtschaftlichen Bedürfnissen der betreffenden Gebiete nicht entsprechen.“ Die vorstehenden in Sperrdruck wiedergegebenen Ausführungen zeigen, wie der „Matin“ ausdrücklich hervorhebt, die Auffassung des britischen Kabinetts.

Weitere Pariser Kommentare.

Paris, 26. März. (Eigener Drahtbericht.) Die Kommentare der gestrigen Pariser Morgenpresse zu der Rede Chamberlains zeigen, daß Frankreich den Garantievorschlag der deutschen Regierung im wesentlichen als Mittel zur Durchführung des Genfer Protokolls betrachtet. Der französische Botschafter in London hat nach dem „Matin“ von der französischen Regierung den Auftrag, in diesem Sinne zu arbeiten. Ihm ist ferner mitgeteilt worden, der englischen Regierung zu erklären, daß Frankreich keineswegs von der Loyalität der deutschen Regierung bezüglich des Sicherheitsvorschlages überzeugt sei und die weiteren Diskussionen diese Auffassung bestätigen würden. Die Forderung nach einer Präzisierung der gemachten Vorschläge würde zeigen, daß das Vertrauen der französischen Regierung herabgesetzt sei. Aber wie auch der Ausgang der Verhandlungen sei, Frankreich werde trotzdem den Beschlüssen von Genf treu bleiben und wahrscheinlich schon in absehbarer Zeit dem Parlament das Genfer Protokoll zur Ratifizierung vorlegen.

Boncour für Ratifizierung des Genfer Protokolls.

Paris, 26. März. (ZL). Der sozialistische Abgeordnete Paul Boncour hat gestern der Kammerkommission für auswärtige Angelegenheiten einen Bericht erstattet über die Ratifizierung des Genfer Protokolls. In dem Bericht erklärt Boncour, in dem Protokoll sei nichts enthalten, was nicht schon im Völkerbundesstatut stehe, also alle Signatarmächte des Friedensvertrages hätten sich zu den Grundfragen des Genfer Protokolls schon vorher bekannt, namentlich was den § 16, die Sanktionen gegen den Aggressor, betreffe. Das Protokoll habe nur den Zweck, das Schiedsverfahren zu beschleunigen und jede Unsicherheit über den Bestand, auf den der angegriffene Staat rechnen könne, zu beseitigen. Der Abgeordnete kommt zu dem Schluß, daß die Ratifizierung durch die französische Kammer notwendig sei, selbst für den Fall, daß das Protokoll nicht vollständig angenommen werde oder daß Amendements oder Abänderungen beschlossen würden, die Frankreich bereit sei in Erwägung zu ziehen. Das Protokoll bilde den allgemeinen Rahmen der regionalen Abkommen und müsse daher schon aus diesen Grunde in seinen allgemeinen Grundzügen aufrecht erhalten werden. Besondere Abkommen könnten französischerseits nur in Betracht gezogen werden, wenn sie sich der Grundzüge bedienten, die das Protokoll vorschreibt, und wenn die Staaten, die sich an derartigen Abkommen beteiligen wollen, vorher den Beweis ihres Friedenswillens dadurch gegeben hätten, daß sie Mitglieder des Völkerbundes geworden seien und daß sie die Verpflichtungen des Völkerbundesstatuts ohne Einschränkungen und Bedingungen annähmen.

Deutschland und die Tschechoslowakei.

Erklärungen des Gesandten Dr. Krofta.

Leipzig, 26. März. (ZL). Der Vertreter des Leipziger Tageblatts hatte gestern eine Unterredung mit dem neuen Berliner Gesandten der Tschechoslowakei, Dr. Krofta. Der Gesandte erklärte u. a.: Was ich bisher in Deutschland gesehen habe, bestärkt mich in der Auffassung, daß zwischen der augenblicklichen Situation in Deutschland und derjenigen in der Tschechoslowakei eine gewisse Ähnlichkeit besteht. Beide Länder leiden zwar unter den typischen wirtschaftlichen Schwierigkeiten der Nachkriegszeit. Aber hier wie dort ist auch der ungedroffene Wille erkennbar, sich durch diese dunkle Zeit hindurchzuarbeiten und schließlich alles an die Erhaltung des staatlichen Bestandes zu setzen.

Was meine Berliner Arbeit angeht, so sehe ich es als mein Ziel an, eine Atmosphäre völliger Verständigung und gegenseitigen Vertrauens zwischen den beiden Völkern herzustellen. Ueberhaupt sehe ich eine der Hauptaufgaben unserer Politik darin, mit Deutschland ein Verhältnis guter Nachbarschaft aufzubauen. Diese Aufgabe wird uns schon einmal dadurch erleichtert, daß Konfliktsstoffe nicht vorhanden sind, zweitens aber dadurch, daß die deutsch-französische Entspannung unverkennbare Fortschritte gemacht hat. Wir verdanken Frankreich so viel, daß ein akuter deutsch-französischer Konflikt uns unsehbar mit hineingezogen würde.

Wahlentrechtung in Ägypten.

Früchte der konservativen Politik.

London, 25. März. (Eigener Drahtbericht.) Die ägyptische Regierung hat ein neues Wahlgesetz ausgearbeitet, das bereits bei den neuen Wahlen am 23. Mai in Anwendung kommen soll und dessen Bestimmungen darauf hinführen, die Masse der unteren Schichten des ägyptischen Volkes, die in der Hauptsache die Stimmen für die ägyptische Unabhängigkeitspartei Zoghul Taschas stellen, vom Wahlrecht auszuschließen. Es sollen künftig nur diejenigen wählen dürfen und Abgeordnete werden können, die gewisse Mindestbedingungen an Besitz und Bildung erfüllen. Da ein außerordentlich großer Teil des ägyptischen Volks weder lesen noch schreiben kann und blutarm ist, ergibt sich ein Jesuswahrzeichen d'belles Art, unter dem nur die Interessen von Besitz und Bildung zum Wort kommen können. Die Zoghul-Partei will deshalb die Neuwahlen boykottieren. Die Regierung beabsichtigt auch, den Senat aufzulösen. Das neue Parlament soll erst im November einberufen werden.

Wahlkampf der Gasse.

Jarres, der Mann von „schlichtester Gesinnung“, wie ihn die rührigen Propagandareisenden der nationalistischen Kontursfirma zu nennen pflegen, hat bekanntlich — die Linke ermahnt, den Wahlkampf in ritterlicher Form zu führen. Das wirkt grotesk, wenn man bedenkt, mit welcher strupelosester Schamlosigkeit ihren Wahlkampf für Rückschritt und Portemonnaiebildung führt. In persönlicher Verunglimpfung sind diese Helden unbeschränkte Meister, und was sich in diesen Tagen an Schlammschütten ungläubigster und strupelosester Verheerung, sei es in Spektakelversammlungen mit Schlachgebungsgeängen, sei es in schmierigen Flugblättern, über unser Volk ergießt, scheint beispiellos und wird dem topfschüttelnden Zuschauer nur aus der Perspektive der weit geöffneten Industriefabrik erklärlich.

Sie lassen es sich etwas kosten, den Strohmann ihrer volksausräuberischen Belange in den Sattel zu heben. Monarchistisch reiten wird er schon können! Wird die Situation noch einmal kritisch, so kann man ja die alterprobierten Verlockungshebel wieder aus der Tasche ziehen. Monarchistische Schmierbuben haben in der Stadt vornehmlich im Westen Hegezettel an Mauern und Fensterheben geklebt. Diese Hegezettel müssen auf jeden ausständig denkenden Menschen, der noch nicht von der monarchistischen Heppichose rettungslos infiziert ist, unglaublich abstoßend wirken und sind so unfreiwillig beste antimonarchistische Propaganda. Sie lauten: „Sozialisten, Demokraten, Republikaner, Bannerleute. Laßt Euch nicht betriren! „Wie gut Barmat allewege!“

Diese Schandzettel waren mit den schwarzrotgoldenen Reichsfarben umrandet. Das ist der ritterliche Kampf der Leute um Hakenkreuz-Bulle und Verfassungsjarres. Mit solchen Erbärmlichkeiten will man propandistische Erfolge erzielen. Wir schreiben kürzlich, daß es nicht leicht ist, der Präsidentschaftskandidat von Idioten zu sein. Schlimmer noch, wenn diese Idioten mit moralischer Verkommenheit gepaart ist.

Die Polizei gegen Rohheiten im Wahlkampf.

Amstutz wird mitgeteilt: „Allem Anschein nach ist man bestrebt, dem Wahlkampf in den letzten Tagen vor der Wahl zum Teil Formen zu geben, gegen die polizeilich eingeschritten werden müßte. Dazu gehört das Mißbrauchen brennender Fackeln auf Personen und Lastwagen, das Abreißen von Röhren und anderen Abzeichen sowie Fahnen, wie sonstige Belästigungen von Straßenpassanten durch Demonstranten und die Benutzung von Waffen bei der Sicherung von Klebefolien oder ähnliches. Die Schutzpolizei ist angewiesen worden, gegen solche Auswüchse des Wahlkampfes mit allen verfügbaren Mitteln und rücksichtslos einzuschreiten.“

Feuer im Voxhaus.

Ein Fall ungläubigen Leichtsinns.

Im Voxhaus, Potsdamer Str. 4, wurde gestern vor Kinobesitzern ein neuer Film vorgeführt. Der Saal war dicht mit Zuschauern gefüllt. Mitten im Raum stand ungeführt der Vorfühungsapparat und neben diesem umfangreiche Bildstreifen. Einer der Anwesenden zündete ein Streichholz an und warf es achtlos weg. Im Augenblick loderten die ungeschützten Bildstreifen auf; es entstand eine ungeheure Panik, die die schlimmsten Folgen zeitigen konnte. Rettungswache und Feuerwehr waren außergewöhnlich schnell zur Stelle. Der Saal brannte völlig aus. Trotzdem sind nur 3 Verletzte zu verzeichnen, unter denen der Operateur Drems durch Verbrennen der Hände am schwersten beschädigt wurde. Eine Frage ist bei dieser Katastrophe offen: Wie war es möglich, daß bei einer Besetzung, an der fast ausschließlich Leute vom Fach beteiligt waren, mit solchem Leichtsinns vorgegangen werden konnte? Ein Leichtsinns war es, den Apparat und die Bildstreifen unge schützt mitten in dem von Menschen überfüllten Raum aufzustellen. Und nicht minder unverzeihlich war es, daß einer der Beteiligten, der doch wissen mußte, daß in jedem Kino mit Recht das Rauchen polizeilich verboten ist, hier in Gegenwart der leicht brennbaren Filme das Streichholz entzündete und dadurch zahlreiche Menschenleben bedrohte.

Lokaltermin auf Bahnhof Zoo.

Gemäß des gestrigen Beschlusses des Gerichts, fand heute früh im Kassenraum der Stationskassa am Bahnhof Zoologischer Garten ein Lokaltermin statt. Unter Beobachtung wurde der Angeklagte, Eisenbahninspektor Baltho Muench, in einem Dienstauto des Polizeipräsidiums aus dem Untersuchungsgefängnis Roabit dorthin übergeführt. Das Publikum, das sich in großen Mengen eingefunden hatte, wurde durch eine Absperrung zurückgehalten. Dem Lokaltermin wohnte der Gerichtshof unter Leitung von Landgerichtsdirektor Schneider, sowie Staatsanwaltschaftsrat Dr. Drimann und Rechtsanwalt Walter Bahn bei. Der Angeklagte mußte sich auf den Kassenstisch legen und wurde dann in der Weise, wie er von den Beamten am 1. Januar nachmittags gefunden worden war, gefesselt. Sodann wurde er in diesem Zustande in die Aktendurchgabe gelegt. Es gelang dem Angeklagten, wie er in Aussicht gestellt hatte, und was Gegenstand des Zweifels gewesen war, sich in dieser Stellung vom Tresorraum nach dem Kassenraum durchzuarbeiten. Er zeigte dann auch, wie er sich in seinem gefesselten Zustande nach der Tür gemahnt hatte, um von dort durch Stößen mit den Füßen Hilfe herbeizurufen. Nach Beendigung des Lokaltermins begab sich das Gericht wiederum nach Roabit, und es wurde im Schwurgerichtssaal des Landgerichts II die Verhandlung fortgesetzt. Es sind noch sehr viel Zeugen zu vernehmen, so daß das Urteil frühestens heute zu später Abendstunde gefällt werden kann. Es muß aber damit gerechnet werden, daß der Prozeß noch mehrere Tage dauern wird, da der Angeklagte auch weiter bei seiner Schilderung bleibt, daß er das Opfer eines vorhergehenden Schwindelmanners und eines Raubüberfalles am 1. Januar 1925 geworden sei.

Explosion in einer Geheimbrennerei.

Eine Explosion in einer geheimen Spiritbrennerei rief gestern Abend gegen 11 Uhr die Feuerwehr nach dem Hauke Victoriastraße 5 in Tempelhof. Hier wohnte bei einer Witwe Elise Kuch in Lehmhau Genz. Die Kriminalpolizei hatte schon lange den Verdacht, daß in dieser Behausung Spirit hergestellt werde. Es gelang aber nicht, die Beweise beim Betrieb zu überführen. Gestern Abend war Genz wieder bei der Arbeit. Durch irgendeine Unvorsichtigkeit kam es jetzt zu einer Explosion. Sie war so heftig, daß die Gipswände, die die Räume trennen und die Decke über dem einen Zimmer eingedrückt wurden. Es entstand auch ein Brand, mit dessen Löschung die Feuerwehr 1 Stunde lang zu tun hatte. Genz und Frau Kuch erlitten erhebliche Verletzungen am Kopf und an den Händen, mußten mit einem Rettungswagen der Feuerwehr nach der nächsten Rettungsstelle gebracht werden, konnten aber wieder entlassen werden, nachdem sie Verbände erhalten hatten. Die Feuerwehr und die Kriminalpolizei fanden in der Wohnung einen Weisbottich, Destillierkolben, Gläser und Kannen usw. und auch noch einen fertigen Spirit in Kannen, der nicht mitgebrannt war. Alles das wurde beschlagnahmt. Das Zollgrenzkommissariat wurde benachrichtigt, um die weiteren erforderlichen Schritte einzuleiten. Nach den Beobachtungen müssen bei der Geheimbrennerei noch mehr Beweise beteiligt sein. Es besteht der Verdacht, daß der Betrieb in der Wohnung nur zur Herstellung von Proben diente und daß eine größere Brennerei an einer noch nicht ermittelten Stelle betrieben wird.

Unsere Wahlversammlungen.

Wenn es noch eines Beweises bedürft hätte, daß die Präsidentschaftswahl das größte Interesse findet, so wäre er durch die Tatsache erbracht, daß trotz der gestrigen großen Massentunde im Sportpalast die in Bilmersdorf abgehaltene Wählerversammlung stark überfüllt war. Es sprachen dort Genosse Ministerialrat a. D. Falkenberg und Genosse Rechtsanwält Dr. Klee. In der Innenpolitik müsse man es erreichen, daß jeder in Deutschland das Glück und die Befriedigung finde, die ihm gebühre. Dies könne nur erreicht werden, indem die Republik auf demokratischer und sozialer Grundlage aufgebaut werde und dazu sei die Wahl von Otto Braun unbedingt erforderlich. Gegenüber Ausführungen von kommunistischer Seite wiesen die Referenten daraufhin, daß Rußland nicht bemerken habe, daß die Idee des Kommunismus heute mit Gewalt zu verwirklichen sei. Wir haben genug von einer Diktatur, die wir ja vor dem Kriege hatten. Uns sei es gleich, ob diese Diktatur von links oder von rechts komme. Wir wünschen den Sozialismus aufgebaut auf demokratischer Grundlage. Wir wissen, daß der Weg hierzu sehr lang ist, aber es muß geschafft werden. Mit einem Appell an die Wähler, am 29. März alle ihre Pflicht zu tun und mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie schloß die sehr anregend verlaufene Versammlung.

In Hermsdorf sprach in einer gutbesuchten Wählerversammlung Genosse Viktor Schiff. Er ging von dem für das deutsche Volk so segensreichen Wirken des ersten Reichspräsidenten Friedrich Ebert aus, dem das Verdienst gebührt, das Reich zusammengehalten und über alle furchtbaren Prüfungen der vergangenen fünf Jahre hinweg in eine bessere Zukunft hinübergeführt zu haben. Der Redner zog eine Parallele zwischen dem letzten Symbol der Monarchie, Wilhelm II., und dem ersten Symbol der Republik, Friedrich Ebert: Wilhelm II. hat es fertig gebracht, ein mächtiges Reich und ein blühendes Volk zugrunde zu richten, Ebert hat dieses zusammengebrochene Reich, dieses daniederliegende Volk durch Zähigkeit und Klugheit wieder empor gehoben. Bei dieser ersten Wahl des Staatsoberhauptes durch das Volk werde sich zeigen, inwieweit die Deutschen politisch reif sind. Jarres, der Kandidat der Schwerindustrie, der Großagrarier und der Geheimverbände, hat als einzige Probe seines politischen Talents die Verfassungstheorie entwickelt, deren Anwendung das Ende des Reiches und unendliche Leiden für das ganze deutsche Volk bedeutet hätte. Das kennzeichnet nicht nur ihn als politisches Kind, sondern auch diejenigen, die für ihn agitieren, als politische Nullen. Thalmanns Wahlkandidatur ist das Sinnloseste, was sich die SPD jemals geleistet hat. Aber sie ist letzten Endes nur ein Glied in der langen Kette der Liebesdienste, die die Scholzen, Ruth Fischer und Eberlein der Reaktion geleistet haben. Unser Kandidat Otto Braun hat nicht nur hervorragende staatsmännische Eigenschaften als preussischer Ministerpräsident bewiesen, die sogar von Gegnern anerkannt wurden, sondern er, der wie Ebert ein Sohn der Arbeiterklasse ist, hat es verstanden, für die Rechte der Arbeiterschaft einzutreten, namentlich für die Landarbeiter, und hat sich damit den besonderen Haß der ostpreussischen Junker zugezogen, was ihm zur Ehre gereicht. Wir erfüllen am besten das Vermächtnis unseres Fritz Ebert, indem wir bis zum 29. März für Otto Braun agitieren und alle an diesem Tage für ihn stimmen! Nachdem lebhafter Beifall die Hebereimerstimmung der Versammlung mit dem Referenten bezug hatte, unterzog in der Diskussion zunächst Genosse Professor Reunzig ein volkstümliches Flugblatt für Jarres einer amüsanen Kritik. In diesem Flugblatt wird die Tatsache, daß Jarres in weitesten Kreisen des Volkes unbekannt sei, damit entschuldigt, daß er eben zu bescheiden sei und sein Licht bisher habe nicht leuchten lassen wollen! Dann redete ein Vorkämpfer namens Kluge tonloses Zeug und verfuhr, Schmutz über Otto Braun zu ergießen, was den lebhaften Mißbilligung der Versammlung hervorrief. Er lehnte sich jedoch, trotz wiederholter Aufforderung ab, sich für Jarres oder für Eberlein eindeutig zu erklären. Da sich angesichts solcher Erbärmlichkeiten ein Schlußwort kaum lohnte, wurde die Versammlung mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf die Sozialdemokratie und ihren Kandidaten Otto Braun geschlossen.

Der Wahlpropagandafilm läuft technischer Schwierigkeiten wegen heute Abend nur Belle-Alliance-Platz, Küstener Platz und Weddingplatz.

Die Entschädigung der Auslandsdeutschen.

Der 22. Ausschuss und der Hauptausschuss des Reichstags haben den Entwurf der Reichsregierung zu den Richtlinien für die Zwischenaktion im Entschädigungsverfahren zugestimmt. Danach wird bei Schäden im jenseitigen Friedenswert bis zu 200000 M. ohne Antrag des Geschädigten eine Rechtentschädigung gemahnt. Bei Schäden im Friedenswert noch mehr als 200000 M. ist die Möglichkeit gegeben, vom Reichsentschädigungsausschuss unter bestimmten Voraussetzungen ein mit 5 Proz. jährlich verzinsliches Wiederaufbaudarlehen zu erhalten. Mit Rücksicht auf die in früheren Verfahren zutage getretenen Mängel in der Betreibung geschädigter Auslandsdeutscher hat der Bund der Auslandsdeutschen beschlossen, die Bearbeitung und Durchführung von Darlehensanträgen der geschädigten Auslandsdeutschen in der Zwischenaktion gegen eine Höchstgebühr von 3 Proz. des Darlehensbetrages zu übernehmen, die sich in den höheren Darlehensstufen bis auf 4 Proz. ermäßigt. Nähere Auskunft erteilt der Bund der Auslandsdeutschen e. V. in Berlin C. 2, Klosterstraße 75.

Die Rettungsgesellschaft der Wasserportvereine von Berlin und Umgegend, der alle Berliner Wasserportverbände und Vereine, auch Arbeiter-Ruder- und Segelvereine, angehören, muß notwendigerweise die Rettungstation am Rüggelesee am Kahlsdorfer Gemeind erweitert und erneuert lassen und außerdem am Wannsee wie auch am Tegeler See Rettungstationen errichten. Die bedeutende Ausdehnung des Wasserports bedingt die umfassende Einrichtung der Rettungstationen. Da aus den Mitgliederbeiträgen die Unkosten, die sich auf etwa 51000 Mark belaufen, nicht gedeckt werden können, ist die Rettungsgesellschaft an den Magistrat Berlin herangetreten, und hat diese Behörde auch einen Zuschuß von 100000 Mark gegeben. Es bleiben nun etwa 30000 Mark ungedeckt. Der Vorstand hat sich entschlossen, an die Industrie und die weitere Öffentlichkeit mit der Bitte heranzutreten, für den fraglichen Zweck Beiträge zu stiften. Die Rettungsgesellschaft hat im Jahre 1924 ihr 25jähriges Jubiläum feiern können. In dieser Zeit wurden durch ihre Tätigkeit über 400 Personen vom sicheren Tode des Ertrinkens gerettet und in über 12000 Fällen erfolgreich Hilfe geleistet. Außerdem hält die Gesellschaft in jedem Winterhalbjahr Samarkiterausbildungskurse ab, um die Wasserportvereine mit den nötigen ausgebildeten Mitgliedern zu versehen. Der ganze Dienst wird ehrenamtlich ausgeführt. Die Rettungsgesellschaft zählt etwa 10000 Mitglieder.

Jungen Gehilfen! Am 3. Dezember 1924, abends zwischen 8 und 9 Uhr, ist in der Hannoverschen Straße infolge Überfahrens durch eine Kugel durch den Kopf — I A 8734 — der Dr. med. C. Schöber verlegt worden und ist infolge der Verletzung einige Tage später gestorben. Der Hochgrad der Profanisierung soll sich ohne Angabe seines Namens entleeren haben. Es wird gebeten, daß der betreffende Fahrer oder Kugengeschützte dieses Unfalls sich bei Frau Schöber, Rechtsanwält Berlin, Zimmerstr. 60, meldet. Discretion gewünscht.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

65. Hpt. Die Ordner treffen sich heute Abend, 7 Uhr, in der Schulaula, Forsterstraße, Reichshausstr. 6.
66. Hpt. Freilichtabend, 1/4 Uhr, bei Eichholz, Cuvoststr. 23, außerordentliche Mitgliederversammlung. Arbeiterjugend und Jungsozialisten werden hierzu eingeladen.
67. Hpt. Freitag, 27. März, Sprachlehre: 10 und 12 Uhr bei Köhler, Rosenthalstr. 64, Neukölln, 77, 42, u. 68. Tagel bei Stöckmann, Reuterstr. 66, Neukölln, Ck.

Gewerkschaftsbewegung

Ein faschistischer Streik.

Nachbetrachtung zum lombardischen Metallarbeiterstreik.

Von unserem römischen Korrespondenten.

Bekanntlich rühmt sich der Faschismus, die Harmonie von Kapital und Arbeit an Stelle des Klassenkampfes gesetzt zu haben. Da sich aber die Wirklichkeit nicht viel an faschistische Behauptungen leihet, haben sich eines schönen Tages die Führer der faschistischen Korporationen in der Zwangslage befinden, einen Streik zu proklamieren. Der Metallarbeiterstreik von Brescia, der sich in der Folge auf die ganze Lombardie ausdehnte, war zwar bei weitem nicht der erste Streik in faschistischem Regime, wohl aber der sympathisch wichtigste. Im vorigen Jahr hatte die faschistische Korporation der Metallarbeiter in Brescia einen Tarifvertrag abgeschlossen, in dem sich die Arbeitervertreter verpflichteten, bis zum September 1923 keine Lohnforderungen zu fordern. Diesem Tarifvertrag war die Metallarbeitergewerkschaft, also die freie Organisation, nicht beigetreten. Die Unternehmer schlugen die Teuerungszulage ab und es kam zum Streik, der schließlich auf die ganze Lombardie übergieng und über 100.000 Arbeiter umfaßte. Über in diesen 100.000 sind auch die in den freien Gewerkschaften organisierten einbezogen. Räumlich in der Folge stellte dann die Metallarbeitergewerkschaft ihre eigenen Streikforderungen auf. Die Unternehmer bewilligten einen Teil der von den Faschisten geforderten Beteiligungsgrößen, und nun ordnete die Gewerkschaft eine Fortdauer ihres Streiks an, zu dem einzigen Zweck, ihre Anhänger öffentlich zu zählen. Drei Viertel der Arbeiterschaft streikten weiter. Nachdem so die freie Gewerkschaft das Einzige erreicht hatte, was sie erreichen konnte und sich als Ziel vorgestellt hatte, ordnete sie ihrerseits die Wiederaufnahme der Arbeit an, die ohne Zwischenfälle erfolgte.

Die Situation nach dem Streik ist also die folgende: Die Arbeiter haben eine Teuerungszulage von 1 Lire erhalten, also den heutigen Gegenwert von etwa 400 Gramm Brot. Mit der gewerkschaftlichen Organisation haben die Gegner nicht unterhandelt, so daß also das Abkommen nur für die Faschisten gilt, also für ungefähr 25 Proz. der Metallarbeiter; d. h. den fast unsichtbaren Lohnzuschlag bekommen alle, aber nur die faschistische Organisation hat ihre Leute verpflichtet, für diese Lira täglich vorläufig von weiteren Forderungen abzusehen.

So, sagen die faschistischen Blätter, warum haben denn die Gewerkschaftler für ihre Forderungen den Streik nicht zu Ende geführt, wie es die Faschisten für die ihren getan haben? Das ist eine gar schlaue Frage. Streiken für heute nur den Faschisten erlaubt, nur für sie gibt es Versammlungsrecht, Vereinsrecht und Pressfreiheit. Der Gewerkschaft hat man sogar ihre Streikkommunikations zum Teil beschlagnahmt. Wenn es in Italien heute möglich wäre, daß 75.000 Arbeiter gegen den Willen der Behörden streikten, dann hätten wir eben in Italien dieselbe Freiheit und dieselben Rechte, wie in anderen Kulturländern. Die haben wir nicht. Hier streikt man nur mit höherer Erlaubnis. So haben wir während dieses Ausstandes das noch nie erlebte Schauspiel gehabt, daß die faschistischen Streikordner, die die Betriebe auf die oblige Stilllegung der Arbeit kontrollierten, von Gendarmen begleitet waren! Hätten sie Streikbrecher gefunden, so wären diese vermutlich nach allen Regeln der Kunst verhaftet worden...

Ärgerlieber ist auch die Methode, durch die die Streikgelder aufgebracht wurden. Ein Rundschreiben gibt der katholische „Cittadino di Brescia“ wieder, was dem für die sachgemäße Handhabung der Zensur verantwortlichen Präfecten sicher einen riesigen Kuffel eintragen wird. Es lautet:

Stadtverwaltung von ...

In die Herren Leiter landwirtschaftlicher Betriebe. ... In Gemäßheit einer Verfügung des Secretärs der Landwirtschaftsminister teilen wir Ew. Wohlgeboren mit, daß zur Unterstützung der streikenden Metallarbeiter, denen ein Beweis praktischer Solidarität gegeben werden soll, allen Tagelöhnern und sonstigen Lohnempfängern Ihres Betriebes in der laufenden Woche ein Lohnabzug von sieben Lire pro Kopf zu machen ist, welche Summe die Herren Betriebsleiter entweder dem Ueberbringer dieses ausshändigen oder bis zum Morgen des 15. März im Rathaus abgeben wollen.

... 13. März.

ges.: Der Bürgermeister.

So organisiert die faschistische Arbeiterbewegung ihre „Solidaritätsbeweise“. Solche „Solidaritätskündigungen“ gibt es außer in Italien nur noch in Rußland.

Als Fazit der jetzt abklingenden Bewegung bleibt: 1. daß die Faschisten gestreikt haben, ohne etwas durchzusetzen, so daß die Gründe der Unzufriedenheit nach dem Teuerungszulage von einer Lira weiterbestehen, wie vorher; 2. daß der Beweis erbracht worden ist, daß sich die faschistisch organisierten Arbeiter zu den gewerkschaftlich organisierten verhalten wie 1:3. Man muß nun abwarten, ob nach diesem Ergebnis die faschistische Partei für weitere Streikabenteuer die offizielle Verantwortlichkeit zu übernehmen Lust hat.

Zum Tarifkampf des Deutschen Musikerverbandes.

Zu den in Nr. 129 des „Vorwärts“ vom Dienstag, den 17. März, mitgeteilten Einzelheiten über den Tarifkampf des Deutschen Musikerverbandes schickt uns der Deutsche Bühnenverein ein Schreiben, in dem er es als unrichtig bezeichnet, daß die Verhandlungen über einen Reichsmanteltarif an der Starrköpfigkeit des Deutschen Bühnenvereins gescheitert sei. Die Verhandlungen seien ausschließlich daran gescheitert, daß dem Deutschen Bühnenverein die Einigung einer Bedingung zugemutet wurde, deren Erfüllung unmöglich, weil absolut ungesetzlich sei. Der Deutsche Bühnenverein

habe aber vorgeschlagen, diese sogenannte Zwangsklausel wie auch den gesamten Manteltarifvertrag einem entweder gemeinsam mit dem Deutschen Musikerverband oder vom Deutschen Bühnenverein allein anzurufenden Schlichtungsausschuß zu unterbreiten. Der Deutsche Musikerverband hat dies ausdrücklich abgelehnt und erklärt, daß er Kampfmassnahmen vorziehe. Es sei ferner vollständig unrichtig, daß vier der größten Opernbühnen den bisher bestehenden Manteltarifvertrag verlängert hätten. Auch die Mitteilungen über die Auswirkungen der Generalsperre seien nicht zutreffend.

Vom Deutschen Musikerverband wird uns dazu berichtet:

Wenn der Deutsche Bühnenverein tatsächlich den ehrlichen Willen hatte, mit dem Deutschen Musikerverband einen für diesen annehmbaren Tarifvertrag abzuschließen, nachdem er den seit Jahren bestehenden Tarifvertrag gekündigt hatte, dann hätte er 1. nicht 13 Monate nach Ablauf des Tarifvertrags mit der Vorlage eines neuen Entwurfs gewartet und 2. nicht mit einer Konkurrenzorganisation, die erst zu diesem Zweck gegründet worden ist, einen für die Musikerschaft unannehmbaren Tarifvertrag abgeschlossen. Diesen Tarifvertrag sollte nun der Deutsche Musikerverband nach dem Diktat des Bühnenvereins unbesehen schließen.

Die Verhandlungen über Abschluß eines neuen Tarifvertrags mit dem Bühnenverein müßten scheitern, weil der Deutsche Bühnenverein den neuen Vertrag auch mit der Konkurrenzorganisation abschließen wollte. Die sogenannte „Zwangsklausel“, die dem Deutschen Bühnenverein anzunehmen angeblich aus rechtlichen Gründen nicht zugemutet werden könne, bezog sich nicht etwa darauf, daß nur Mitglieder des Deutschen Musikerverbandes an den Theatern verpflichtet werden dürfen, sondern sie sollte verhindern, daß der Tarifvertrag aus beruflichen Gründen nicht auch noch mit einer anderen Organisation abgeschlossen werden dürfe.

Die Zahl der Bühnen, die einen Sondervertrag mit dem Deutschen Musikerverband abgeschlossen haben, wächst täglich. Bei den bisher bekanntgegebenen vier Bühnen ist es erfreulicherweise nicht geblieben. Der Bühnenverein scheint über das, was innerhalb seiner Organisation vorgeht, nicht unterrichtet zu sein. Auch scheint er über die Auswirkung der Generalsperre nicht im Klaren zu sein, die örtlich zu unbilligen Zuständen geführt hat. Wenn der Deutsche Bühnenverein einen dauernden Frieden wünscht, dann braucht er nur die Forderung des Deutschen Musikerverbandes zu erfüllen. Nach unseren einwandfreien Informationen bildet eine große Anzahl Bühnenseiter nicht das Vorgehen des Bühnenvereins. Sie sind der Ansicht, daß der vom Bühnenverein gekündigte Tarifvertrag mit dem Deutschen Musikerverband für die Theater durchaus tragbar ist und nicht hätte gekündigt werden sollen.

Soweit die beiden Äußerungen. Wir möchten hierzu bemerken, daß es unseres Wissens im deutschen Tarifwesen noch nicht dagesewesen ist, daß eine Unternehmerorganisation eine gelbe Organisation ins Leben ruft, mit dieser einen „Tarifvertrag“ schließt und dann von der Arbeitnehmerorganisation, die die große Mehrheit der Bezugsgewährigen umfaßt, verlangt, diesen „Vertrag“ anzuerkennen und zugleich die gelbe Organisation. Darauf würde keine Organisation eingehen.

Schiedsspruch für die Wuppertaler Holzindustrie.

Dortmund, 26. März. (GZ.) Im Lohnstreik der Holzindustrie des Wuppertales wurde gestern unter dem Vorsitz des stellvertretenden Richters von Weiffen folgende Schiedssprüche gefällt: 1. Der Durchschnittslohn der Holzarbeiter über 22 Jahre beträgt am 15. März 0,79 M. pro Stunde, ab 15. April 0,83 M. pro Stunde. Die übrigen Tariflohnsätze werden in dem Verhältnis erhöht, wie sie bisher im Spigenburtschnittlohn standen. 2. Die bestehenden Akkordlöhne werden am 15. März um 9 Proz., ab 15. April um 13 Proz. erhöht. Die Erklärungsfrist läuft bis zum 27. März 12 Uhr mittags.

Verbindlichkeitsklärung im Brauerstreik.

München, 26. März. (Eigener Drahtbericht.) Das Ministerium für soziale Fürsorge hat nunmehr den für das bayerische Brauwesen ergangenen Schiedsspruch mit Ausnahme der Ziffer 5, der die Maßregelung ausschließt (1. für rechtsverbindlich erklärt. Bei der gegebenen Rechtslage muß man mit der Beendigung des Kampfes rechnen. Die Organisationen der Arbeitnehmer nehmen heute zur Lage endgültig Stellung. (Uns erscheint die Verbindlichkeitsklärung rechtlich unzulässig, da der gefällte Schiedsspruch nur teilweise für allgemeinverbindlich erklärt wurde, was einer Abänderung gleichkommt.)

Zur Lohnbewegung der Werkzeugmacher und Richter der Firma Ludwig Loewe & Co. Hufenstraße, ist zu berichten, daß es der Firma nicht gelungen ist, vollwertige Ersatzkräfte für die Streikenden zu bekommen. Nachdem Versuche, Facharbeiter zu erhalten, fehlschlugen, sucht man Schlosser, Schmiede unter Versprechung höherer Entlohnung als die der Streikenden als Arbeitswillige heranzuziehen. Einen besonders treuen Bundesgenossen scheint auch die Firma in dem Werkzeugmacher Paul Stiller, Neufuß, Holfstraße 19, gefunden zu haben, der selbst noch Arbeitswillige anzuwerben sucht und anernt. Auch der Kolonialwarenhändler Weig, Regel, Schlieperstr. 34, leistet treue Hilfsdienste. Die Direktion verharret immer noch auf ihrem hartnäckigen Standpunkt und sucht die Streikenden durch ihr Angebot geradezu zu provozieren. 8 Kollegen von 23 Streikenden will man wieder wohlwollend unter den alten Hungerlöhnen die zur Arbeitsniederlegung führten, einstellen. Mit Entrüstung haben die Streikenden das Angebot abgelehnt. Durch das Vorgehen der Direktion ist ein Uebergreifen der Bewegung auf weitere Abteilungen und Betriebe in unmittelbarer Nähe gerückt. Die Arbeiterschaft wird gebeten, die Streikenden in dem Kampfe um ihre gerechten Forderungen zu unterstützen und keine Streitarbeit bei der Firma anzunehmen.

Achtung, SPD.-Betriebsvertrauensleute!

Die Nr. 10 der Betriebszeitung „Der Kampf“ ist erschienen und sofort zum Betriebssekretariat, Lindenstr. 4, 2. Hof, 2 Et. in Empfang zu nehmen. Besonders die Vertreter der Mittel- und Kleinbetriebe werden ersucht, das Material abzuholen. Verteilungsweg mitbringen!

Gewerkschaft-Untersuchungskommission Reinholdstr. 20, Bezirk. Dienstag abends 8 Uhr im Holsteubau, Scharnweberstraße, Wohnung. Als Delegierten müssen erscheinen. Karte und Nach legitimieren. Der Obmann

Deutscher Holzarbeiterverband, Rabenstraße der Privatbetriebe! Freitag, nachm. 6 1/2 Uhr im Verbandshaus, Kungelstr. 30, Bandenversammlung. Bericht von der Lohnverhandlung. Die Ortsverwaltung

Wirtschaft

Eisenmattes U. G. Die geschäftliche Abwicklung der einzelnen Gesellschaften, die zum Barmat-Konzern gehören, vollzieht sich mit sehr großer Sanftmütigkeit. Die Deffektivität erfährt sehr wenig hierüber und das Wenige nur aus den Generalversammlungen der einzelnen Gesellschaften, wenn nämlich die aus der Barmat-Zeit in den Ausschüssen delegierten Mitglieder entweder abberufen werden oder ihr Amt freiwillig niederlegen. Auch bei der Eisenmattes U. G. entwickelte sich die Generalversammlung nach diesem Schema. Die Vertreter Barmats im Aufsichtsrat verschwinden und neue treten an ihre Stelle. Neu in den Aufsichtsrat gewählt wurden: Oberregierungsrat Dr. Reiß, Rechtsanwalt Dr. Heinrich Kohlen (Postministerium), Rechtsanwalt Dr. Belsheim von der Liquidations- und Treuhands G. m. b. H., Rechtsanwalt Dr. Zander, Regierungsrat (von der Firma Bahnd, Stiehl u. Co.), Generaldirektor Dr. Wüpschig von der Firma A. Dolberg u. Co., die zum Barmat-Konzern gehörte und sich von diesem losgelöst hat, Kommerzienrat B. Manasse von der Liquidations- und Treuhands G. m. b. H. und Dr. Lindemann von Mooshafe u. Lindemann.

Oberstelektische Eisenbahnbedarfs-Alt-Ges. Die Tatsache, daß in der Reichsmarkteröffnungsbilanz Werte unter ihrem wirklichen Substanzwert eingestuft sind und deshalb eine stärkere Zusammenlegung des Aktienkapitals erforderlich war, veranlaßte die Verwaltung auf Einwirkung von Kleinaktionären in der Generalversammlung folgendes auszuführen: Die Richtlinien für eine Kapitalzusammenlegung liegen in der Tatsache, daß bei den Reichsmarkteröffnungsbilanzen der Gesichtspunkt der voraussichtlichen Rentabilität und die Notwendigkeit etwaiger späterer Kapitalserhöhungen berücksichtigt werden müssen. In den Immobilien der Reichsmarkteröffnungsbilanz seien nur die eingesezt, die auf deutscher Seite liegen. Die Gesellschaft sei durch die politische Grenzziehung besonders hart getroffen worden. Sie habe die Rohstoffbasis an Polen verloren, besonders die Kohlengruben; die Friedenshöflichkeit, die ebenfalls nach Polen gekommen wäre, betriebe ihre Rohstoffproduktion nur noch mit einem Drittel der Leistungsfähigkeit, da der Abfall unmöglich sei. Die Gesellschaft hätte, um sich Betriebskapital zu verschaffen, einen Teil ihres Aktienbesitzes in fremden Aktien abstoßen müssen. So habe sie die Kullnig Aktien, die Karlsruht Aktien und die Oberelsässischen Zinkhütten Aktien veräußert, die mit 25 Proz. eingezahlten Vorratsaktien seien mit 50 Proz. eingesezt. Gegen eine kleine Minorität wurde die Umstellung des Aktienkapitals genehmigt. Sie sieht eine Umstellung im Verhältnis 10:1 vor. Die Substanzverluste der Gesellschaft sind viel geringer, als aus den Darlegungen der Verwaltung hervorgeht und zwar deshalb, weil es der Gesellschaft gelungen ist, in der Diskussion mit entwertetem Gelde ihre Obligationenschuld zu tilgen, die damals mehr als ein Drittel des Goldmarktkapitals betrug.

Aus der Partei.

Genosse Ulrich 40 Jahre Parlamentarier.

In der Dienstags-Sitzung des Hessischen Landtags war der Platz des Abg. Ulrich (Soz.), der auf eine 40jährige Parlamentarierzeit zurückblickt, mit Blumen geschmückt. Er ist am 21. März 1855 als Abgeordneter der Stadt Weimar in die „Zweite hessische Ständekammer“ gewählt worden, der er seitdem ununterbrochen angehört. Präsident Adelung wies darauf hin, daß Ulrich, der auch dem Reichstag durch 31 Jahre angehört, das älteste Mitglied der deutschen Parlamente ist.

Italienische Parteikonferenz.

Die italienische sozialistische Partei (P. S. Unitario) hat seit längerer Zeit die Einberufung eines Parteikongresses erwogen, der der erste sozialistische Parteitag unter dem faschistischen Regime sein sollte. Die politischen Verhältnisse in Italien haben diese Möglichkeit immer wieder vereitelt.

Nunmehr hat sich die Partei entschlossen, wenigstens eine beschränkte Parteitagung einzuberufen. Am 28. März soll in Rom ein Parteirat zusammentreten, der die Vertreter der Organisationen der Partei aus allen Teilen des Landes vereinigen soll. Die Konferenz ist für drei Tage in Aussicht genommen.

Auf der Tagesordnung stehen außer dem Bericht des Parteisekretärs Basso die politische Lage (Berichterstatter Turati und Balbani), das Verhältnis der Partei zu den Gewerkschaften (Berichterstatter Treves), die Parteipresse und die Wahl des Parteivorstandes.

Eine Ehrung für Karl Hardie. Die parlamentarische Fraktion der Arbeiterpartei beabsichtigt, im Unterhaus eine Büste von Karl Hardie errichten zu lassen, der der erste sozialistische Parteiführer war, als im Jahre 1906 die Arbeiterpartei in einer Stärke von 30 Abgeordneten ins Parlament einzog und zum erstenmal eine geschlossene Gruppe bildete.

Rechtsanwalt für Politik: Ernst Reuber; Wirtschaft: Viktor Caterina; Gewerkschaftsbewegung: A. Steiner; Revision: R. D. Böcker; Politik: Carl Schmitt; Anwalt: Th. Glaser; Journalist: Berlin; Verlag: Hermann-Berlin G. m. b. H., Berlin; Druck: Hermann-Berlin-Verlag und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 3.

Darmstädter und Nationalbank

Kommanditgesellschaft auf Aktien.

zu der **Einladung** am **Mittwoch, den 22. April 1925, vormittags 11 Uhr,** in unserem Gebäude Berlin, Behrenstraße 65-69, stattfindenden **ordentlichen Generalversammlung.**

Tagesordnung:

1. Erstattung des Geschäftsberichts für 1924.
 2. Beschlußfassung über die Genehmigung der Bilanz nebst Gewinn- und Verlustrechnung für 1924 und die Gewinnverteilung.
 3. Beschlußfassung über die Entlastung der persönlich haftenden Gesellschafter und des Aufsichtsrats.
 4. Außerordentliche Anträge.
- Zur Stimmenabgabe sind diejenigen Kommanditisten berechtigt, welche ihre Aktien oder den von einem Notar oder von der Reichsbank oder von dem Giro Effekten Depot der Bank des Berliner Kassen-Vereins über dieselben ausgetretenen Niederlegungsschein spätestens drei Werktage vor der Generalversammlung bei einer der nachbeschriebenen Stellen deponieren, und zwar:
1. bei unseren Hauptniederlegungen in Berlin (Behrensstr. 65-69), Bremen, Darmstadt;
 2. bei unseren sämtlichen Filialen und Zweigniederlegungen;
 3. in Breslau bei den Herren Eichhorn & Co.,
 4. Cassel bei den Herren Florin & Schiel,
 5. Coblenz bei Herrn Leopold Seilgmann,
 6. Danzig bei der Danziger Bank für Handel und Gewerbe Akt.engesellschaft,
 7. Essen a. d. Ruhr bei den Herren Gebrüder Hammerstein, bei Herrn Simon Hirschland,
 8. Frankfurt a. M. bei der Deutschen Effekten- und Wechsel-Bank, bei den Herren Otto Hirsch & Co., bei Herrn Lincoln Menny Oppenheimer, bei Herrn Jacob S. H. St. rn., bei den Herren Gebrüder Sulzbach,
 9. Hamburg bei den Herren: L. Behrens & Söhne, bei den Herren M. M. Wappburg & Co.,
 10. Köln bei dem Bankhaus A. M. 7.,
 11. Leipzig bei der Allgemeinen Deutschen Credit-Anstalt,
 12. München bei der Bayerischen Volksbank, bei den Herren Merck, Flack & Co.,
 13. in Amsterdam bei der Amsterdamschen Bank, bei der Internationalen Bank te Amsterdam,
 14. Wien bei der Mercubank.
- Berlin, den 22. März 1925.

Darmstädter und Nationalbank Kommanditgesellschaft auf Aktien Goldschmidt, von Simson.

Allgemeine Ortskrankenkasse für Berlin-Steglitz.

Bekanntmachung.
Die Vertreter der Arbeitgeber und Arbeitnehmer im Ausschuss werden hiermit zu dem am Donnerstag, den 3. April 1925, abends 8 Uhr, im Restaurant „Hilfeshaus“, Bernauer Str. 35, stattfindenden ordentlichen Tagung eingeladen.
Tagesordnung:
1. Erstattung des Jahresberichts für 1924.
2. Erstattung der Jahresrechnung für 1924.
3. Satzungsänderung.
4. Bericht des Ausschusses.
Berlin-Steglitz, den 26. März 1925.
Der Vorstand [110/7]
Wiedel, Vorsitzender. Rogala, Schriftf.

Drum prüfe, wer sich ewig bindet
Ich liefere als **Selbstersteller**
Trauringe
zu billigsten Preisen
in den gediegensten Ausführungen
Ständig ca. 3000 Stk. auf Lager!
Hermann Wiese, Berlin N. 24, Artilierstr. 32
Preisliste gratis!
Ihr geschütztes

Berliner Elektriker-Genossenschaft
Ingeieur, dem Verb. sozialer Baubetriebe
Berlin N 24, Elsässer Str. 86-88
Fernsprecher: Norden 1198
Fillale Westend, Wilmersdorf
Landhausstr. 4 - Tel. Plötzburg 9531
Herstellung elektr. Licht-, Kraft- und Signalanlagen Verkauf aller elektrischer Bedarfsartikel
Ausführung sämtl. Reparaturen
Preiswerte, gediegene Arbeit

Guter Schlaf ist das beste Heilmittel.
Metalbetten für Groß und Klein, mit oder ohne Zubehör, 5 ah matr. u. in Privatschlaf-Bequeme Bedinungen Katalog 30A frei.
Sisemöbelfabrik Suhl (Thür.)

Schokoladen
Bonbon / Stangen / Negerkäse
Oster-Artikel
in großer Auswahl
Paul Grindel, Dirschkastraße 47
nahe Bahnhof Böse.

A. Behelm - Schwarzbachs
Kaufmännische Privatzirkel
(Inb. F. Eggert)
Neukölln, Anmeldung, Ganghoferstr. 1
und Berliner Str. 32 (Privatwohnung)
Beginn neuer 1/2-Jahres- und 1/4-Jahres- Lehrgänge. - Fernspr.: Neukölln 1003

Ischias
Ist ein sehr heiliges Mittel, wenn man es richtig anwendet.
Schmerzmittel, das die Ursache beseitigt.
Nur bei Ischias.
Schmerzmittel, das die Ursache beseitigt.
Nur bei Ischias.